

Gentechnikfreie Zonen: Staaten sollen selber bestimmen

196 Regionen aus 22 EU-Mitgliedstaaten und sechs Nicht-EU-Ländern haben laut den Organisatoren der Konferenz «Food and Democracy» ihr Territorium öffentlich zu gentechnikfreien Zonen erklärt. Dies seien 30 mehr als 2007.

Der österreichische Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich will innerhalb der EU das Selbstbestimmungsrecht der Staaten bei der Zulassung oder dem Verbot von Gentechnik-Anbau festschreiben, wie es in einer Medienmitteilung vom 24. April 2009, dem Eröffnungstag der Konferenz, heisst. Laut Renate Künast, Grüne Fraktionschefin im Deutschen Bundestag und ehemalige Landwirtschaftsministerin, hätten nicht die Wissenschaftler, Politiker oder Grosskonzerne zu bestimmen, was auf den Tisch komme, sondern die Konsumenten. Die Konsumenten seien es auch gewesen, die das kürzlich in Deutschland erlassene Verbot des Gentechnikmais MON810 durchgesetzt hätten. Derzeit gebe es in der EU keine gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Gründung gentechnikfreier Regionen, heisst es weiter. Allerdings sei das Vorhaben, den GVO-Anbau für alle EU-Länder zentral zu regeln, gescheitert.

Weniger als 0,1 Prozent der gesamten Maisanbaufläche in Europa würden mit MON810, die einzige in der EU zugelassene GVO-Maissorte, angebaut. Die Organisatoren gehen davon aus, dass die Fläche 2009 weiter schrumpfen wird.

Anders beurteilt die künftige Entwicklung das Forum Biotechnologie und Nahrung, wie es in einer Mitteilung schreibt. Zahlreiche Umfragen in europäischen Ländern würden zeigen, dass die Landwirte nichts von einem Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen wissen wollten. So würden etwa zwei Drittel der Landwirte in der Lombardei GVO-Mais anbauen, wenn es das Gesetz erlauben würde. Auch habe eine Umfrage der Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon gezeigt, dass ein Drittel der befragten Bauern im Kanton Zürich dem Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen positiv gegenüber ständen.